

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Martin Ehlers

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Christina Heide

Beigeordneter Howard Jacques

Ratsmitglied Gesche Marxfeld

Beigeordneter Jörg Mückenwarf

Bürgermeister Uwe Reese

Ratsmitglied Detlef Schön

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok

Beigeordnete Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Andreas Tönjes

Ratsmitglied Michael von den Berg

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Andreas Lang

Ratsmitglied Christian Ressel

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Mirco Danner

Beigeordneter Thorsten Moriß

Ratsmitglied Irina Moriß-Kappes

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Leitung Referat 2 - Referat für Umwelt, Bau und Feuerwehr Niksa Marusic

Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak

Gleichstellungsbeauftragte Cordula Franke

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereich Kommunikation & Koordination Bianka Götz

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Fachbereichsleitung Finanzen Torben Müller

Fachbereichsleitung Feuerwehr Josef Schun

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Sebastian Seidel

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 27

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.1	Beauftragung eines Personaldienstleisters mit der Durchführung des Bewerbungsverfahrens "Einstellung eines Stadtbaurates (m/w/d)"	180/2020
6.2	Unbefristete Einstellung eines Projekt-/Tourismusmanagers (m/w/d)	181/2020
7.1.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	164/2020
7.1.2	Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH	173/2020
7.1.3	Nachbewilligung zum Haushalt 2020	179/2020
7.2.1	Antrag Gruppe GUS: Personalentwicklungskonzept	519/2020
7.3.1	Antrag Gruppe GUS: Einrichtung einer Babyklappe	521/2020
7.3.2	79. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 -Sonderbaufläche Voslapp Süd / Östlich Flutstraße/Arthur-Grunewald-Straße- Erneuter Entwurfsbeschluss	154/2020
7.3.3	Bebauungsplan Nr. 97 (vorhabenbezogen) Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 23 (VEP023) -Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße- Erneuter Entwurfsbeschluss	155/2020
7.4.1	Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs GGS	156/2020
7.5.1	Antrag Gruppe GUS: Jadeallee/Südstrand	520/2020
7.5.2	Mittelbereitstellung für die Naturschutzstiftung FRI – WTM – WHV, hier: Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (biologische Vielfalt)	152/2020
7.5.3	Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2021/2022 und Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes	153/2020
7.6.1	Bekanntnis der Stadt Wilhelmshaven zum Mehrgenerationenhaus	148/2020
7.7.1	Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes TBW	157/2020
7.7.2	Projekt Stadtpark - Städtebauförderung Lebendige Zentren, Beschluss Räumliche Abgrenzung Durchführungsmaßnahme	160/2020
7.7.3	Antrag Gruppe CDU/WBV: Aussetzung Park- und Sondernutzungsgebühren	524/2020
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
9.1	Anfrage Gruppe GUS: Sars-CoV-2 Erreger	523/2020
9.2	Anfrage der Gruppe "Die FRAKTION" zu den Auswirkungen der letzten Änderung der Hauptsatzung	525/2020
10.1	Antrag Gruppe GUS: Änderung der Hauptsatzung	529/2020
10.2	Antrag Gruppe GUS: Änderung der Geschäftsordnung	528/2020
10.3	Antrag Gruppe GUS: Erstellung einer Fallstudie Kulturamt	527/2020
10.4	Antrag Gruppe GUS: Erstellung einer Satzung über die Strand- und Badeordnung der Stadt Wilhelmshaven	530/2020
10.5	Antrag der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses auf Erstellung von Vergaberichtlinien gem. § 28 KomHKVO	526/2020
11	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Nach der Eröffnung wurde **Herr Thomas Bruns** durch den Ratsvorsitzenden offiziell zu seiner ersten Ratssitzung begrüßt. Im Namen des Rates der Stadt Wilhelmshaven wünschte er ihm in seinem neuen Amt als Stadtkämmerer viel Glück und Erfolg.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr von den Berg bat im Vorfeld zu informieren, wenn in der heutigen Sitzung Redezeiten länger als 10 Minuten vorgesehen seien. Er erinnerte an die letzte Ratssitzung, deren Dauer der zwar informativen aber auch umfangreichen Präsentation der Machbarkeitsstudie zur Landesgartenschau 2026 in Wilhelmshaven geschuldet gewesen sei. Sollte heute erneut längere Vorträge zu bestimmten Tagesordnungspunkten vorgesehen sein, sollte man darüber abstimmen lassen.

Ratsvorsitzender Becker unterstützte die Ausführungen von Herrn von den Berg und machte deutlich, dass dies sicherlich im Interesse aller Ratsmitglieder sei. Die Tagesordnung wurde daraufhin in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 27.05.2020

Herr Tönjes mahnte erneut an, dass die Genehmigung der Protokolle zu lange dauere. Er werde daher der Genehmigung nicht zustimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 27.05.2020 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

6.1 Beauftragung eines Personaldienstleisters mit der Durchführung des Bewerbungsverfahrens "Einstellung eines Stadtbaurates (m/w/d)" **180/2020**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 13.07.2020 vor.

Frau Weinstock brachte den **Änderungsantrag der Gruppe GUS** ein und begründete ihn:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Position Stadtrat/Stadträtin Bau zügig auszuschreiben und mit dem Rat und der Gleichstellungsbeauftragten abzustimmen.“

Begründung:

Ein Personaldienstleister ist teuer und wird in diesem Fall nicht benötigt. Es gibt schon jetzt Bewerbungen auf diese Stelle, wenn vielleicht auch noch nicht offiziell eingereicht, sodass wir uns einen teuren Personaldienstleister sparen können.“

Oberbürgermeister Feist erklärte, dass er bislang noch keine Bewerbungen für diese Position erhalten habe und hielt es auch für schwierig, sich auf eine Stelle zu bewerben, die nicht ausgeschrieben worden sei. Er warb dafür, der Verwaltungsbeschlussvorlage zu folgen. Mit der bisherigen Vorgehensweise habe man gute Erfahrungen gemacht. Die Zuhilfenahme eines Personaldienstleisters habe sich beim Auswahlverfahren um die Stelle des Stadtkämmerers bewährt. Hier habe es eine hohe Qualität im Bewerberfeld gegeben, da das Unternehmen sogenannte „Direktansprachekandidatinnen/en“ akquirieren konnte, die auf die erfolgte Ausschreibung gar nicht aufmerksam geworden seien, durch ihre Expertise aber beim Personaldienstleister im Fokus gewesen und zielgerichtet auf diese Stelle angesprochen worden seien. Da auch die Stelle einer Stadträtin/eines Stadtrates für die Bereiche Bau, Umweltschutz und Stadtentwicklung für Wilhelmshaven in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen werde, möchte er in diesem Fall auch wieder ein breites Bewerberfeld ansprechen. Er wisse um die angesprochenen Gerüchte, habe aber bereits mehrfach erklärt, dass es ihm es um ein transparentes Verfahren mit möglichst hoher Qualität gehe. Eine professionelle Begleitung des Bewerbungsverfahrens koste Geld, das aber in diesem Fall gut investiert sei.

Der eingebrachte **Änderungsantrag der GUS** wurde bei 13 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Tönjes brachte daraufhin einen weiteren **Änderungsantrag der „Die Partei“** ein und begründete ihn:

„Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Personaldienstleister mit der Durchführung des Bewerbungsverfahrens zur Einstellung einer Stadträtin (m/w/d) zu beauftragen.

Begründung:

Der Titel „Stadtbaurat“ stellte einen Anachronismus dar. Im Niedersächsischen Vorschriften- und Informationssystem (nds-voris) wird diese Begrifflichkeit nicht (mehr) genutzt. Zudem wurde in der hierfür maßgebenden Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven keine weitere Bezeichnung für die weiteren Beamten auf Zeit vorgegeben, auch wurde auf einen Zusatz zur Bezeichnung Stadtrat wie z.B. Bau, verzichtet. Sofern die Hauptsatzung nicht geändert wird, kann demnach nur ein Bewerbungsverfahren gemäß der Bezeichnung nach der Hauptsatzung durchgeführt werden.“

Der **Änderungsantrag der „Die Partei“** wurde bei 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Dr. von Teichman machte deutlich, dass dem Rat ein Mitspracherecht zustehe. Da er die Eilbedürftigkeit sehe, äußerte er die Bitte an die Verwaltung, den Ratsmitgliedern den Ausschreibungstext zukommen zu lassen und später um Einsichtnahme in alle Bewerbungsunterlagen.

Oberbürgermeister Feist sicherte dem Rat sowohl Informationen über die Auswahl des Personaldienstleisters wie auch des Ausschreibungstextes zu. Die Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber erfolge nach der Sommerpause.

Frau Weinstock erinnerte daran, die frühzeitige Einbindung der Gleichstellungsbeauftragten nicht zu vergessen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Personaldienstleister mit der Durchführung des Bewerbungsverfahrens zur Einstellung eines Stadtbaurates (m/w/d) zu beauftragen.

6.2 Unbefristete Einstellung eines Projekt-/Tourismusmanagers (m/w/d) **181/2020**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 13.07.2020 vor.

Anschließend brachte er einen **Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV** ein und begründete ihn:

„Der Rat möge beschließen, den o.g. Beschlussvorschlag zum TOP 6.2 wie folgt zu ändern:

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird ein Verwaltungsmitarbeiter (m/w/d) in Vollzeit als Projekt-/Tourismusmanager eingestellt.

Die Eingruppierung erfolgt vorbehaltlich einer Stellenbewertung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Die entsprechende Planstelle ist entweder dem Stellenplan 2020 zu entnehmen, indem auf eine nicht zur Wiederbesetzung beantragte Stelle zurückzugreifen ist, oder die Einstellung erfolgt auf einer zunächst für zwei Jahre befristeten Stelle, für die es nach der bisherigen Praxis der Verwaltung keiner Bereitstellung im Stellenplan bedarf.

Begründung:

Der Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung würde bedeuten, dass eine geeignete Person für die überaus wichtige Aufgabe der Steuerung und Umsetzung des Tourismuskonzepts voraussichtlich frühestens mit Beginn des zweiten Quartals des Jahres 2021 zur Verfügung steht. Das entspricht jedoch nicht der Zielrichtung des in der letzten Ratssitzung beschlossenen Antrags der Gruppe CDU/WBV.

Der Handlungsbedarf besteht schon seit über einem Jahr und dieser Änderungsantrag soll eine sofortige Umsetzung des besagten Ratsbeschlusses ermöglichen.“

Herr Walpurgis erinnerte daran, dass der Rat in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, dass die Verwaltung innerhalb von zwei Wochen eine Person aus der Kernverwaltung für diese Aufgabe bestimmt. Die Frist sei verstrichen, stattdessen gebe es nun eine Ausschreibung. Dafür habe er kein Verständnis. Er halte dies für wenig zielführend.

Die Frage von **Herrn Dr. von Teichman** ob der Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBW überhaupt umsetzbar sei, wurde von Oberbürgermeister Feist bejaht, sofern der Rat dies so beschließe.

Herr Ehlers fragte sich, wenn die Umsetzung so einfach sei, warum dann nicht schon 2019 alles für die Umsetzung des Ratsbeschlusses in die Wege geleitet worden sei. Ratsbeschlüsse diesbezüglich würden einfach ignoriert. Es erscheine ihm, als sei die Umsetzung des Tourismuskonzepts gar nicht gewollt. Er sei schon jetzt gespannt auf die Auskunft, die die Verwaltung in der Septemberratssitzung dem Rat geben werde. Mit der Art und Weise des Umgangs sei er nicht einverstanden.

Oberbürgermeister Feist wies darauf hin, dass in der letzten Ratssitzung durch den Antrag der Gruppe CDU/WBV eine völlig neue Aufgabe definiert worden sei. Man möchte eine Person benennen, die eben nicht bei der WTF beheimatet sondern in der Kernverwaltung angesiedelt sei. Ihre Aufgabe sei eine konzernweite Koordinierung der Dinge, die insgesamt im Konzern Stadt im Bereich Tourismus geplant sei. Dies sei eine gänzlich neue Aufgabe mit einem sehr umfänglichen Aufgabeninhalt. Wenn dies der Wunsch des Rates sei, benötige man eine zusätzliche personelle Ressource. Dann sei es doch nur logisch, wenn die Verwaltung zur nächsten Ratssitzung eine entsprechende Vorlage einbringe. Er könne daran keine Verschleppung erkennen.

Herr Ehlers erwiderte, dass dies eben nicht in der vergangenen Sitzung beschlossen worden sei. Es sei um eine Person gegangen, die mit der Umsetzung des Tourismuskonzepts betraut werde. Ob diese Person aus der Kernverwaltung, der WTF komme oder neu eingestellt werde, sei ihm egal.

Herr Dr. von Teichman bat um Auskunft, ob die Gruppe CDU/WBV mit einer befristeten Stelle einverstanden wäre. Er zog in Zweifel, ob für einen befristeten Zeitraum überhaupt eine Person gefunden werden könne, die die entsprechende Fähigkeit für diese Aufgabe besitze.

Herr Hellwig erklärte, dass die Gruppe CDU/WBV den Antrag nicht gestellt hätten, wenn daran Zweifel bestehen würden. Man wolle das Tourismuskonzept so bald als möglich umgesetzt sehen, da es von großer Bedeutung für die Stadt sei. Tourismus sei ein wichtiges sich entwickelndes Standbein in Wilhelmshaven. Er hoffe, dass der Rat dem Antrag folge.

Herr Tönjes hielt sowohl die Beschlussvorlage als auch den Änderungsantrag für überflüssig. Der schnellste und beste Weg sei seiner Meinung nach gewesen, die Gesellschafterversammlung der WTF entsprechend anzuweisen. Die Umsetzung des Tourismuskonzepts sei eigentlich Aufgabe der WTF und er sehe die Aufgabe nicht in der Kernverwaltung. Um die Angelegenheit zu beschleunigen, müsse die Gesellschafterversammlung den Geschäftsführer mit der Einstellung eines Tourismusmanagers beauftragen. Jetzt würde der Vorgang unnötig in die Länge gezogen.

Auf die Frage von **Herrn Dr. von Teichman**, ob die Stelle aus dem Stellenplan entnommen werden könne, antwortete Oberbürgermeister Feist, dass der Änderungsantrag zwei Alternativen beinhalte. Die entsprechende Planstelle sei entweder dem Stellenplan 2020 zu entnehmen, indem auf eine nicht zur Wiederbesetzung beantragte Stelle zurückgegriffen werde oder die Einstellung erfolge auf einer zunächst für zwei Jahre befristeten Stelle. Dafür werde kein Stellenplan benötigt. Er verstehe den Änderungsantrag so, dass man der Verwaltung beide Optionen an die Hand gebe. Beides sei möglich und je nachdem, wie sich der Rat entscheide, könne sich die Verwaltung danach verhalten.

Der **Ratsvorsitzende** ließ anschließend über den **Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV** abstimmen. Dieser wurde bei 15 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Sowohl Herr **Dr. von Teichman** wie **auch Herr Ehlers** machten deutlich, dass damit in Konsequenz die Einstellung eines Tourismusmanagers erst Mitte nächsten Jahres erfolgen könne und wieder wertvolle Zeit verloren gehe.

Auf die Frage von **Frau Weinstock**, warum nicht über den Antrag von Herrn Tönjes abgestimmt werde, der doch genau darauf abziele, entgegnete der **Ratsvorsitzende**, dass über den Antrag von Herrn Tönjes bereits in der letzten Ratssitzung negativ abgestimmt worden sei. Eine erneute Abstimmung könne daher nicht erfolgen.

Herr von den Berg hielt beide Anträge für überflüssig. Es gebe bereits ein Tourismuskonzept und auch ausreichend Personal zur Umsetzung. Es sei auch schon einiges im Fluss, so dass er nicht verstehe, warum man den Eindruck vermitteln wolle, als ob nichts auf den Weg gebracht würde. Er sei nicht der Meinung, dass es in der touristischen Entwicklung nicht vorwärts gehe. Sollte dies aber doch der Fall sein, müsse der Oberbürgermeister die Verantwortlichen zur Rede stellen

Herr Jacques stimmte den Ausführungen seines Vorredners zu. Es sei falsch zu behaupten, dass touristisch nichts in der Stadt geschehe und man bis zum nächsten Jahr warten müsse. Es gehe jetzt darum, zu koordinieren, zusammenzufassen und klarzustellen. Dies sei Aufgabe des neu einzustellenden Tourismusmanagers.

Herr Walpurgis hielt dem entgegen, dass nach der Verabschiedung des Tourismuskonzeptes in 2019 bereits eine Person mit der Aufgabe hätte betraut werden müssen. Dies sei offenbar nicht erfolgt. Mit einer befristeten Stelle sehe er auch keine Erfolgschancen. Die Aufgabe sei zu wichtig und müsse entsprechend langfristig besetzt sein.

Oberbürgermeister Feist gab zu verstehen, dass seiner Meinung nach, im Moment verschiedene Dinge in der Argumentation miteinander verwoben, die mehr für Irritationen als für Klarheit sorgen würden. Die WTF sei die Gesellschaft, in der die meisten touristischen Aktivitäten gebündelt würden. Dass was in der letzten Ratssitzung auf Antrag der Gruppe CDU/WBV diskutiert und letztendlich beschlossen habe, sei nicht die Einstellung eines Tourismusmanagers gewesen. Diese Aufgabe werde bereits schwerpunktmäßig durch die WTF wahrgenommen. Es galt, eine Person zu beauftragen, sämtliche Aktivitäten in Sachen Tourismus im Konzern Stadt zu koordinieren, zu steuern und dem Rat gegenüber zu berichten. Dies sei eine völlig andere Aufgabe als Tourismusmanagement zu betreiben. Er habe bereits in der letzten Ratssitzung darauf hingewiesen, dass die jetzt gesuchte Person lediglich eine reine koordinierende projektsteuernde Funktion besitze, aber keine inhaltlich touristische Funktion ausübe. Anderenfalls würde er sich sehr deutlich gegen den Antrag aussprechen, da man damit eine Parallel-, schlimmstenfalls eine Konkurrenzveranstaltung zur WTF eröffne. Es könne niemand ernsthaft statt einer Bündelung von Kompetenzen letztlich eine Kompetenzpreizung wollen. Er bat darum, die Ebenen sauber voneinander zu trennen. Wer managt den Tourismus in der Sache und wer koordiniert und steuert die Aktivitäten?

Frau Zaage verdeutlichte die zukünftigen Aufgaben des geforderten Koordinators anhand eines Beispiels unter Einbeziehung interner und externer Dritter. Darauf ziele der Antrag der Gruppe CDU/WBV ab.

An der anschließenden Diskussion über die Frage ob es sinnvoller sei, eine Person innerhalb der WTF für die Umsetzung des Tourismuskonzepts einzustellen oder aber die Koordinierungsaufgabe in der Kernverwaltung anzusiedeln und über den Zeitpunkt der Umsetzung des Ratsbeschlusses, beteiligten sich die **Herren Dr. Schulte, Feist, Heinemann und Reese**.

Frau Kloster stellte den Geschäftsordnungsantrag auf „Ende der Rednerliste“. Der Antrag wurde **mehrheitlich** bei 3 Nein-Stimmen **angenommen**.

Herr Schönfelder wies darauf hin, dass der Rat heute lediglich darüber abstimme, ob für die Aufgabe eine Stelle im Stellenplan geschaffen und diese dann besetzt werde.

Herr Hellwig machte deutlich, dass er genau darin das Problem sehe. Die Stelle müsse erst geschaffen werden, was wiederum wertvolle Zeit koste. Dies habe man mit dem abgelehnten Änderungsantrag vermeiden wollen. Er plädierte abschließend dafür, der Vorlage zuzustimmen, um den entstandenen Schaden so gering wie möglich zu halten.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird ein Verwaltungsmitarbeiter (m/w/d) auf unbestimmte Zeit in Vollzeit als Projekt-/Tourismusmanager eingestellt.

Die Eingruppierung erfolgt vorbehaltlich einer Stellenbewertung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

Eine entsprechende Planstelle ist zum nächsten Stellenplan einzurichten.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsherr Heinemann)

7.1.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **164/2020**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.07.2020 vor.

Herr von den Berg zeigte sich erfreut über die Schenkung. Gleichzeitig bedauerte er, dass die Gemälde aus der städtischen Gemäldesammlung der Öffentlichkeit nicht zugänglich seien. Für ihn mache es keinen Sinn, die Gemälde lediglich einzulagern und er frage sich, ob andere Verwendungsmöglichkeiten wie beispielsweise der Verkauf oder die Leihgabe an Privathaushalte in Frage kommen. Er bat um Auskunft, ob eine Liste aller Gemälde vorliege und ob eine Bewertung erfolgt sei.

Herr Schönfelder gab zu verstehen, dass die Einlagerung dazu diene, die „Gemälde als Kulturgut zu erhalten. Ein Verkauf wäre möglich, wenn der Schenker keine Auflagen diesbezüglich erteilt habe. Ein späterer Verkauf könne

aber kaum Intension der Schenkung gewesen sei. Es sei Aufgabe der städtischen Kultureinrichtungen zu überlegen, unter welchem Motto eine Ausstellung bzw. Präsentation der Gemälde erfolgen könne.

Herr Prof. Preuß lehnte einen Verkauf der Gemälde kategorisch ab. Es wäre jedoch zu überlegen, wie man die Kunstwerke der Öffentlichkeit zugänglich machen könnte.

Herr Moriße regte an, die Gemälde im Rathaus aufzuhängen.

Herr Dr. von Teichman führte aus, dass die Schenkungen viel zu wertvoll für einen Verkauf seien. Die städtische Gemäldesammlung sei gut archiviert und eine Auswahl von Kunstwerken werde immer wieder mal öffentlich gezeigt. Man sollte das Thema in einer der nächsten Kulturausschusssitzungen besprechen.

Oberbürgermeister Feist schlug vor, dass eine umfassende Berichterstattung im Kulturausschuss durch den Ersten Stadtrat Schönfelder erfolgen werde. Er bat darum, nunmehr über den TOP Annahme von Zuwendungen zu beschließen.

Frau Winkel-Fiedelak ergänzte, dass es bereits ein digitales Verzeichnis gebe. Über das Kulturbüro sei auch eine Ansicht möglich. Die Gemälde würden darüber hinaus auch regelmäßig für Ausstellungen ausgeliehen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/ Verwendungszweck
1. Frau Insa Pukrop Oststr. 8, 26384 Wilhelmshaven	5.000,00 €	Schenkung von 3 Gemälden

7.1.2 Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH **173/2020**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.07.2020 vor.

Herr Dr. von Teichman brachte für die **Gruppe FDP/FW** folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Der Rat möge beschließen:

In § 11 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages für die WFW wird ein zweiter Satz angefügt:

„Grundmandatsinhaber des Verwaltungsausschusses der Stadt Wilhelmshaven haben ein Teilnahme-, Rede- und Antragsrecht.“

Der **Änderungsantrag** wurde bei einigen Enthaltungen **einstimmig angenommen**.

Herr von den Berg bat um Auskunft, wie die Besetzung der Sitze von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat erfolge.

Herr Schönfelder antwortete, dass der Rat die Mitglieder in die jeweiligen Gremien entsende. Da mehrere Sitze verteilt würden, sei der Oberbürgermeister gesetzt, die übrigen Sitze würden nach dem Stärkeverhältnis im Rat verteilt.

Herr Hellwig zeigte sich erfreut, dass es heute endlich zur Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH komme. Die Gruppe CDU/WBV werde der Vorlage zustimmen.

Herr Schön äußerte seine umfangreichen Bedenken zum Gesellschaftsvertrag. In der Gesellschaft sollten nicht nur die Arbeitgeber vertreten sein, sondern auch die Arbeitnehmervertreter Berücksichtigung finden. Leider finde sich nichts davon im Gesellschaftsvertrag wieder, auch vermisse er eine Beteiligung der Jade Hochschule. Seiner Meinung nach bringe sich die Stadt durch die vollständige Übernahme der laufenden Kosten des Geschäftsbetriebes sehr stark einseitig in die Gesellschaft ein, was offenbar auch die Kommunalaufsicht kritisch sehe. Wichtige Informationen über die künftige Personalgestaltung und steuerliche Aspekte würden noch fehlen. Auch der Wirtschaftsplan befinde sich noch in der Abstimmung und er frage sich, warum man nicht die Klärung der offenen Fragen vor der Beschlussfassung abwarte. Außerdem sei ihm unklar, warum der bisherige Fachbereichsleiter Wirtschaft und Regionalmanagement“, Jürgen Janßen, zum ersten Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven bestellt werde, wenn doch die Gründung der neuen Gesellschaft erst zum 01.01.2021 erfolge. Es sei doch ausreichend Zeit, um die Position des Geschäftsführers auszuschreiben. In der Gesellschafterversammlung sei die Stadt durch 3 Personen vertreten, die weitreichende Befugnisse und eine hohe Verantwortung besäßen. Er plädiere deshalb dafür, den Verwaltungsausschuss in die Gesellschafterversammlung zu entsenden, damit die demokratische Struktur des Rates auch in dem Gremium vertreten sei.

Herr Schönfelder entgegnete, dass man die jetzt vorgebrachten Bedenken im Vorfeld im Fachausschuss hätten klären können. Die Arbeitnehmerseite sei mit § 2 Abs. 2 Ziffer 3 des Gesellschaftsvertrages durchaus berücksichtigt. Im Übrigen seien auch Fachbeiräte vorgesehen und man könne sicherlich die Ausgestaltung so vornehmen, dass Arbeitnehmerrechte zum Tragen kommen. Er habe zwischenzeitlich mit der Kommunalaufsicht die Fragen der Finanzierung klären können. Die bisherigen hoheitlichen Aufgaben, die jetzt durch den FB 03 wahrgenommen würden, werden auf die Gesellschaft mit den entsprechenden Kosten übertragen, so dass keine einseitige Finanzierung vorliege. Die konkrete Personalgestaltung und die steuerrechtliche Fragestellung könne man auch noch im Nachgang klären. Der heutige Gründungsbeschluss sei dringend angeraten.

Zur Frage des Geschäftsführers machte er deutlich, dass er Herrn Janßen mit seiner jahrelangen Erfahrung und seinen Kenntnissen durchaus für geeignet halte, die Geschäftsführung kommissarisch zu übernehmen. Man habe sich entschlossen, bereits vor Gründung einen Geschäftsführer zu installieren, damit den neuen Geschäftsführer bei der Einarbeitung tatkräftig unterstützen könne. Er halte die Aussage von Herrn Schön für problematisch, da dadurch der Eindruck entstehe, dass Herr Janßen nicht geeignet sei.

Was die Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung angehe, so habe sich die Politik in Absprache mit der Verwaltung bewusst gegen den Verwaltungsausschuss entschieden, da bereits die Besetzung des Aufsichtsrates die politischen Mehrheitsverhältnisse des Rates abbilde. Zwei ähnlich aufgestellte Gremien seien nicht erforderlich. Man habe in der Klinikum Wilhelmshaven GmbH bereits gute Erfahrung mit der Aufteilung gemacht. Im Zweifelsfall verfüge der Oberbürgermeister über ein doppeltes Stimmrecht.

Eine Diskussion in der Sache sei heute nicht mehr angeraten. Er bot an, bei Einzelfragen direkt Kontakt aufzunehmen.

Oberbürgermeister Feist betonte, dass die Wirtschaft gerade im Hinblick auf die aktuelle Situation ein deutliches Symbol des Aufbruchs benötige. Die Wirtschaftsförderung müsse mit neuem Schwung und neuer Gemeinsamkeit nach vorne gebracht werden, um diese besonderen Herausforderungen zu meistern. Nach langer Diskussion mit der Politik sei es gelungen, einen Gesellschaftsvertrag zu erarbeiten und von daher könne er die Einwände von Herr Schön nur bedingt nachvollziehen. Er könne den Rat heute nur bitten, als Signal an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch Unternehmerinnen und Unternehmer dieser Beschlussvorlage zu folgen. Technische Details werde man im September nachreichen. Wenn man heute den Gründungsbeschluss fasse, könne man sich auf die Suche nach dem ergänzend notwendigen Personal machen. Verschiebe man den Beschluss auf September, werde die Gesellschaft vermutlich erst Mitte nächsten Jahres arbeitsfähig sein.

Herr Müller begründete, warum der Beschluss heute notwendig sei, auch wenn der Wirtschaftsplan noch nicht vorliege. Der Gründungsbeschluss müsse bei der Kommunalaufsicht angezeigt werden, die dann 6 Wochen Zeit zur Beanstandung bzw. Genehmigung habe. Neben der Vorlage des Wirtschaftsplanes sei auch die Benennung eines ersten Geschäftsführers vorgeschrieben. Wenn jetzt die Anzeige erfolge, könne die Kommunalaufsicht bereits mit der Prüfung beginnen. Der Wirtschaftsplan werde im September nachgereicht, so dass dann eine verkürzte Anzeigefrist beantragt werden könne. Anderenfalls verliere man mindestens einen Monat.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Tönjes** zum Weisungsrecht erklärte **Herr Schönfelder**, dass die Gesellschafterversammlung gegenüber der Geschäftsführung ein Weisungsrecht besitze. Das Weisungsrecht des Rates gegenüber dem Aufsichtsrat sei umstritten während das Weisungsrecht des Rates gegenüber der Gesellschaftsversammlung unumstritten sei.

Herr Tönjes erklärte, dass der Gesellschaftervertrag für ihn damit nicht mehr tragbar sei. Der Rat werde im Prinzip politisch „kaltgestellt“. Wenn die aus 3 Personen bestehende Gesellschafterversammlung mehr Macht als der Rat besitze, sei das nicht in Ordnung. Er könne dem Gesellschaftsvertrag in dieser Form nicht zustimmen. Er werde daher eine Vertagung zur Überarbeitung des Gesellschaftsvertrages beantragen. Es gehe darum, die alten Strukturen aufzubrechen. Die Gesellschafterversammlung müsse seiner Meinung nach mindestens dem Verwaltungsausschuss entsprechen.

Herr Schönfelder wiederholte, dass eine derartige Debatte im Vorfeld hätte geführt werden müssen. Die Gesellschafterversammlung könne alle Befugnisse des Aufsichtsrates an sich ziehen und bliebe das starke Organ. Die Durchgriffsrechte blieben bestehen, denn der Rat habe das Recht, die Gesellschafterversammlung anzuweisen, die wiederum den Geschäftsführer anweisen könne. Er bat darum, der Beschlussvorlage zuzustimmen, um in der Sache voran zu kommen.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich sprachlos angesichts der kleinteiligen Diskussion nach der langen Vorbereitungszeit. Er hätte sich heute ein starkes Signal für die Wirtschaftsförderung gewünscht. Die Wirtschaft sollte von Beginn an möglichst gleichberechtigt beteiligt werden. Dies sei mit der Besetzung der

Gesellschafterversammlung geschehen. Er sehe kein Problem, denn der Rat könne die Gesellschafterversammlung anweisen. Auf im Aufsichtsrat habe der Rat ausreichend Einfluss auf die Gesellschaft. Die Gewerkschaften könnten in einem Beirat vertreten sein. Er erinnerte daran, dass man bereits im April diesen Gesellschaftsvertrag im Rat beraten habe. Seitdem hätten die Bedenken vorgetragen werden können. Er habe den Eindruck gewonnen, dass man sich gar nicht mit der Materie beschäftigt habe.

Herr von den Berg wies die Unterstellungen zurück. Es sei legitim, Fragen zu stellen und Bedenken zu äußern. Dies gehöre zum demokratischen Prozess. Die Mitglieder der Gruppe GUS hätten keine einheitliche Meinung zum Thema. Er vertrete die Befürworter innerhalb der Gruppe, die der Beschlussvorlage heute zustimmen werden.

Die **Herren Heinemann** und **Ehlers** plädierten an alle Zweifler, die vorgetragenen Bedenken hintenanzustellen. Diese Vorlage sei lediglich ein Rahmenkonzept, damit man beginnen könne. Es wäre schön, wenn man dem Vorhaben mit einer breiten Mehrheit den Rücken stärken würde. Ziel aller Beteiligten müsse doch sein, die Wirtschaft in der Stadt voranzubringen und den Nachteil, den man gegenüber anderen Kommunen habe, auszugleichen.

Der **Ratsvorsitzende** unterbrach auf Bitten von **Herrn Jacques** die Sitzung für eine **Pause von 17:50 bis 18:05 Uhr** für fraktionsinterne Beratungen. Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung wurde die Diskussion zum TOP 7.1.2 fortgesetzt.

Herr Moriße schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. von Teichman an. Er bat die Ratsmitglieder sich nicht parteiorientiert sondern sachorientiert für die Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu entscheiden.

Herr Dr. Schulte warb für eine breite Zustimmung zur Beschlussfassung. Es gehe um ein juristisches Gerüst, dass man aber nachträglich ändern könne.

Herr Jacques vermisste den gegenseitigen Respekt und verbat sich weitere Unterstellungen. Es stehe den Ratsmitgliedern zu, Fragen zu stellen und darauf entsprechende Antworten zu erhalten. Auch die SPD-Fraktion sei für eine neue Wirtschaftsförderungsgesellschaft, aber man habe auch Ängste und Bedenken, die es auszuräumen gelte. Die Mitglieder der SPD-Fraktion würden frei abstimmen.

Herr Walpurgis stimmte den Ausführungen von Herrn Jacques zu. Mit dem heutigen Grundsatzbeschluss gebe man ein starkes Signal nach außen. Details könne man später klären.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(inkl. Änderung bei 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH zum 01.01.2021 und dem als Anlage beigefügten Entwurf des Gesellschaftsvertrages *(inkl. der im Rat am 15.07.2020 auf Antrag der Gruppe FDP/FW beschlossenen Änderung)* mit folgenden Eckpunkten zu:

- Gründungsgesellschafter sind die Stadt Wilhelmshaven mit 52 % sowie der Wirtschaftsförderungsverein Wilhelmshaven e.V. mit 48 %.
 - Das Stammkapital beträgt 25.000 €, davon entfallen 13.000 € auf die Stadt Wilhelmshaven und 12.000 € auf Wirtschaftsförderungsverein Wilhelmshaven e.V.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven legt fest, dass die bisher im Haushalt der Stadt Wilhelmshaven jährlich eingeplanten Beträge, zzgl. der Mittel für das Projekt Regionalmanagement (gemäß Ratsbeschluss vom 19.02.2020), nicht überschritten werden dürfen.
 3. Zum ersten Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH wird Herr Jürgen Janßen (Fachbereichsleiter „Wirtschaft und Regionalmanagement“) bestellt.

7.1.3 Nachbewilligung zum Haushalt 2020

179/2020

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.07.2020 vor.

Herr von den Berg appellierte an die Ratsmitglieder, der Nachbewilligung zu zustimmen.

Herr Hellwig erklärte, dass man sich für die Erneuerung der Dauerausstellung entschlossen habe. Auch wenn die Nachbewilligung ärgerlich sei und es dem einen oder anderen schwer falle, der Nachbewilligung zuzustimmen, handle es sich beim Wattenmeer Besucherzentrum um eine wichtige Einrichtung in der Stadt. Die Gruppe CDU/WBV werde daher der Beschlussvorlage zustimmen. Er dankte dem Fachbereich Finanzen, dem es gelungen sei, die Mittel aus dem gegenwärtigen Haushalt zur Verfügung zu stellen.

Herr Wiese äußerte seine Bedenken. Er frage sich, ob die Nachbewilligung für die Sanierung ausreiche oder nicht doch noch höhere Kosten folgen. Gleichwohl werde er der Vorlage zustimmen, damit das UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum wieder eröffnet werden kann.

Herr Marušić erläuterte den höheren Finanzbedarf. Die vorgelegten Zahlen stammten aus dem Jahr 2016 und resultierten auf Grundlage einer Schätzung anhand der Quadratmeter der vorhandenen Ausstellung. Das Projekt habe sich in den vergangenen 4 Jahren weiterentwickelt wie auch die Preise im Baubereich. Man habe einen neuen Projektmanager gewinnen können, der gemeinsam mit allen wissenschaftlichen Institutionen in der Stadt eine umfangreichere und qualitativ hochwertigere Ausstellung konzipiert habe, die das Wattenmeer Besucherzentrum über Jahre hinaus zu einem interessanten touristischen Highlight machen werde. Die zusätzlichen Mittel seien Stand Mai ermittelt worden und man gehe davon aus, dass die Mittel ausreichend seien. Genaue Zahlen könnten aber erst nach Bauabschluss genannt werden.

Herr Prof. Preuß gab zu verstehen, dass sich die AfD-Fraktion in einem Zwiespalt befinde. Das Wattenmeer Besucherzentrum sei zwar eine wichtige kulturelle Einrichtung für die Stadt, gleichzeitig müsse die Stadt aber auch sorgsam mit den

Steuergeldern umgehen. Er frage sich, wieso der Mehrbedarf in dieser Höhe erst so spät aufgefallen sei und welche Mechanismen künftig bei Projekten dieser Art von der Verwaltung eingebaut werden, damit Mehrkosten in dieser Höhe nicht mehr anfallen? Die AfD-Fraktion werde der Nachbewilligung zustimmen, wünsche sich aber künftig eine sorgfältigere Planung.

Herr Jacques dankte Frau Dr. Köhler für die Zusammenarbeit. Er freue sich über das Ergebnis.

Herr Walpurgis bat um Zustimmung für die Beschlussvorlage. Es sollte keine Zweifel geben, ob die zusätzlichen Mittel richtig eingesetzt seien.

Herr Dr. von Teichman wies daraufhin, dass das Wattenmeer Besucherzentrum baulich wie konzeptionell einer grundlegenden Erneuerung bedurfte. Die Ausstellungsneukonzeption sei hervorragend und suche in Norddeutschland ihresgleichen. Dennoch dürfe eine derartige Überschreitung der Kosten nie wieder vorkommen. Man dürfe sich freuen, dass die Verwaltung in der Lage gewesen sei, trotz der knappen Haushaltsetats Mittel in dieser Größenordnung als Deckungsvorschlag für Mehrauszahlungen zur Verfügung zu stellen.

Frau Weinstock stimmte den Ausführungen Herrn Dr. von Teichman zu.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die Nachbewilligung in Höhe von 770.200 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2020.

7.2 Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungs- fragen (Ratsherr Heinemann)

7.2.1 Antrag Gruppe GUS: Personalentwicklungskonzept

519/2020

Herr von den Berg brachte den Antrag ein und begründete ihn anschließend.

Herr Heinemann erklärte, dass die Verwaltung in der letzten Sitzung des Ausschusses für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen glaubhaft versichert habe, dass ein Personalentwicklungskonzept auf sehr gutem Wege sei und erste Schritte bereits umgesetzt würden. Er gab zu verstehen, dass ein Personalentwicklungskonzept nicht nur die Besetzung freier Stellen beinhalte, sondern auch die Weiterentwicklung der Beschäftigten bedeute. Er bat die Gruppe GUS um etwas Geduld, denn die Herren Schönfelder und Müll hätten eine Vorstellung des Personalentwicklungskonzepts in Kürze in Aussicht gestellt.

Herr Jacques teilte mit, dass man dem Antrag zustimmen könne, da er nicht schädlich sei. Man habe bereits lange gewartet und immer wieder ein Personalentwicklungskonzept angemahnt.

Herr Schön unterstützte voll umfänglich den Antrag der Gruppe GUS, denn man warte bereits 7 Jahre darauf und es gebe eine Reihe personeller Defizite. Er erwartete allerdings ein professionelles Personalentwicklungskonzept, um auch für die Zukunft gerüstet zu sein.

Sowohl **Herr Tönjes** als auch **Frau Weinstock** sahen eine Beschlussfassung mit der man ein wenig Druck erzeugen wolle ebenfalls als unschädlich an. Wenn das Personalentwicklungskonzept bereits in Arbeit sei, könne man davon ausgehen, dass die Umsetzung des Antrags kurzfristig möglich sei. Man wolle nicht ohne Beschlussfassung auf die Ergebnisse warten.

Herr Münkenwarf wies darauf hin, dass ein Personalentwicklungskonzept normalerweise eine innere Angelegenheit des Arbeitsgebers sei. Die Personalentwicklung umfasse alle Maßnahmen zur Förderung und Weiterbildung der Mitarbeitenden. Ihr Ziel sei es, die Beschäftigungsfähigkeit und damit den langfristigen Unternehmenserfolg zu sichern, aber auch zur Motivation der Beschäftigten beizutragen. Die Frage von Überstunden und Schaffung neuer Stellen sei dagegen analytische Personalbemessung. Hier könne der Rat über den Stellenplan Einfluss nehmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Die Verwaltung erarbeitet ein Personalentwicklungskonzept.
Dieses Konzept wird jährlich fortgeschrieben.

Die Verwaltung stellt das neue Personalentwicklungskonzept in der letzten Ratssitzung vor der Haushaltsklausur 2020 im Rat vor.

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

7.3.1 Antrag Gruppe GUS: Einrichtung einer Babyklappe

521/2020

Frau Stomberg trug den Antrag vor und begründete ihn anschließend.

Herr Hellwig beantragte die **Verweisung** des Antrages an den Ausschuss für Soziales und Gesundheit, den Jugendhilfeausschuss und den Betriebsausschuss Krankenhaus.

Herr von den Berg hielt den Verweisungsantrag für überflüssig. Man könne heute im Rat durchaus auch ohne Empfehlung der Fachausschüsse über den Antrag entscheiden, da dort die gleichen Personen wie im Rat sitzen würden. Mit dem positiven Beschluss würde man den eindeutigen Willen zur Hilfe der hilflosen Neugeborenen und verzweifelten Müttern bekunden.

Oberbürgermeister Feist widersprach den Ausführungen von Herrn von den Berg. In den angesprochenen Ausschüssen würden neben den Ratsmitgliedern auch Personen mit fachlicher Expertise sitzen, deren Wissen man doch möglichst nutzen sollte. Insofern habe er große Sympathien für den Verweisungsantrag, zumal die mögliche bauliche Maßnahme nicht zeitkritisch sei.

Es schloss sich eine rege Diskussion über den Verweisungsantrag unter Beteiligung der **Herren Moriß, Schulte** und **Jacques** an, in dem auch Alternativen einer Babyklappe zur Sprache kamen.

Der **Verweisungsantrag** von Herrn Hellwig wurde bei 12 Gegenstimmen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Beim anstehenden Neubau des Klinikums wird die Planung dahingehend ergänzt, dass eine sogenannte „Babyklappe“ eingerichtet wird.

7.3.2 79. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973**154/2020**-Sonderbaufläche Voslapp Süd /Östlich Flutstraße/Arthur-Grunewald-Straße-Erneuter Entwurfsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.07.2020 vor und erläuterte die Gründe, warum ein erneuter Entwurfsbeschluss mit erneuter öffentlichen Auslegung sowie einer erneuten Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange erforderlich sei. Der Ausschuss habe dem Beschluss mehrheitlich zugestimmt.

Herr Danner empfahl die Beschlussvorlage abzulehnen, da der Wegzug des Lebensmitteldiscounters ALDI nach Voslapp schlecht für die Versorgung der Bewohner im Stadtteil F'Grodén sei. Außerdem erfolge mit dem Neubau eine weitere unnötige Versiegelung von Flächen zulasten der Natur.

Herr Tönjes vertrat die Auffassung, dass die Stadt vor dem Konzern „einknicke“, wenn man der Beschlussvorlage zustimme. Es wäre besser, die Vorlage abzulehnen als lediglich den Vorgaben des Konzerns zu folgen.

Herr von den Berg machte deutlich, dass ihn die Entwicklung beunruhige. Er sei erstaunt, wie mit Anfragen des Konzerns in der Verwaltung umgegangen werde und frage sich, was ALDI als Mehrwert für die Bevölkerung einbringe. Man schaffe keine zusätzlichen Arbeitsplätze, zerstöre stattdessen Landschaften und hinterlasse Leerstände. Das Recht auf Konzernweiterentwicklung müsse zu anderen Bedingungen erfolgen und dürfe nicht auf Kosten der Stadt geschehen. Er bat um Auskunft, wie der Ausgleich für den Verlust des Biotops geplant sei. Die Gruppe GUS werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Marušić erklärte, die Planungen widersprächen an dieser Stelle zwar dem Landschaftsrahmenplan der Stadt, es werde jedoch an anderer Stelle Ersatz geschaffen.

Herr Dr. Schulte stimmte den Ausführungen von Herrn Tönjes zu. In diesem Fall trete ALDI lediglich als Mieter auf; die Verwaltung habe sich jedoch sehr angestrengt, um die Forderungen des Investors zu erfüllen. Er gewinne den Eindruck, die zum Klimaschutz gefassten Beschlüsse seien noch nicht bis zur Bauverwaltung durchgedrungen. Hier würde den widersprüchlichen Planungen nicht nachgegangen, sondern diese vielmehr passend gemacht. Herr Dr. Schulte zeigte sich erstaunt über das Vorgehen, alle Investorenwünsche eilfertig aktiv zu unterstützen.

Frau Stomberg verließ ihrem Unverständnis gegenüber dem Vorgehen der Stadt Ausdruck. Dies habe nichts mit bedarfsorientierter Versorgung der Bürger zu tun. In Voslapp falle nun eine Grünzone weg, in F'Grodén der bisherige ALDI-Markt.

Darüber hinaus stelle sich die Frage, was mit den alten Märkten Ölhafendamm, Güterstraße, F´Grodin und Bismarck-/Werftstraße geschehe. Dies schaffe auch keine neuen Arbeitsplätze, zudem werde Natur für einen Investoren zerstört. Hier sei dringend ein Umdenken in der Verwaltung erforderlich.

Oberbürgermeister Feist erklärte, er werde zustimmen, jedoch mit „Bauchweh“ und nur aus dem Grund, weil der Vorgang sich bereits lange hinziehe und aus Loyalität der Arbeit der Verwaltung gegenüber, die hier ordentlich gearbeitet habe. Künftig jedoch werde bei vergleichbaren Projekten sehr genau geprüft werden. Er müsse eingestehen, dass die Verwaltung in der Vergangenheit bei derartigen Vorhaben zu wenig selbstbewusst agiert habe. Er sei jedoch optimistisch, dass es künftig gelingen werde, wieder mehr Märkte dort anzusiedeln, wo die Menschen leben.

Herr Hellwig warf die Frage auf, wofür es Fachausschüsse gebe, in denen genau diese Bedenken diskutiert werden müssten. Das ganze Vorhaben ziehe sich nun schon seit fast einem Jahr. Derartige Diskussionen trügen zudem nicht zu einer guten Sitzungskultur bei. Er könne die geäußerten Bedenken in Bezug auf Umweltschutz und Altimmobilien nachvollziehen, finde jedoch auch Argumente dafür, wie Standortsicherung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Stand heute sei das Vorhaben aber bereits zu weit fortgeschritten, so dass er appelliere, der Vorlage zuzustimmen und den Dingen ihren Lauf zu lassen. Doch für folgende Projekte müsse künftig dringend genauer hingeschaut werden.

Herr Möhle machte auf das CIMA-Gutachten aufmerksam, laut dem eine Vergrößerung zur Sicherung der bestehenden Einrichtung zulässig sei und bat daher um Zustimmung.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 14 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der 79. Änderung des Flächennutzungsplans von 1973 gem. § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu und beschließt diese mit der Begründung (Stand: 30.06.2020) in einer verkürzten Frist erneut öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.3 Bebauungsplan Nr. 97 (vorhabenbezogen)

155/2020

Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 23 (VEP023)

-Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße-

Erneuter Entwurfsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.07.2020 vor.

Herr Dr. Schulte machte darauf aufmerksam, dass dies die letzte Möglichkeit sei, die Ansiedlung zu verhindern.

Herr von den Berg erklärte, die Planungen träten jetzt in eine Phase, in der alle sich einbringen und Bedenken geäußert werden können. Er bat dringend, den Vorgang nicht weiter zuzulassen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 15 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt gem. § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) dem Entwurf des Bebauungsplans Nr.97 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 23 (VEP 023) -Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße- zu und beschließt diesen mit der Begründung (Stand: 30.06.2020) in einer verkürzten Frist erneut öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.4 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Möhle)

7.4.1 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs GGS

156/2020

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 18.06.2020 vor.

Herr Dr. Schulte sah für eine Änderung der Betriebssatzung keinen Bedarf und bat daher, die Vorlage abzulehnen.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-
(bei 5 Ja-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS)“ laut Anlage.

7.5 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsfrau Kloster)

7.5.1 Antrag Gruppe GUS: Jadeallee/Südstrand

520/2020

Herr von den Berg brachte den Antrag der Gruppe GUS ein und begründete diesen anschließend.

Oberbürgermeister Feist erklärte, die Verkehrssicherungskommission habe sich mit dem Vorschlag intensiv beschäftigt und dem zugestimmt. Im betroffenen Bereich herrschten derzeit schwierige Verkehrsbedingungen; der Antrag könne zur Verbesserung der Sicherheit beitragen. Er appellierte, dem Antrag zuzustimmen, damit die Umsetzung noch in diesem Jahr erfolgen könne. Sofern eine Verweisung gewollt sei, gebe er zu bedenken, dass die Stadt damit das touristische Jahr verliere.

Frau Heide fügte hinzu, auch der runde Tisch Radwegeverkehr habe die Gefährlichkeit der Stelle bestätigt. Dem Antrag solle unbedingt zugestimmt werden. Die Stadt befinde sich bereits auf einem guten Weg und könne diese Möglichkeit nutzen, noch mehr für den Radverkehr zu tun.

Herr Danner gab zu bedenken, dass der Bereich keinen Unfallschwerpunkt darstelle und ein Radweg vorhanden sei. Sofern sich alle an die Verkehrsregeln hielten, gebe es auch keine Probleme.

Herr Ressel beantragte die **Verweisung** an den Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven, da er den Antrag für nicht komplett durchdacht halte.

Herr Hellwig bat, den Verweisungsantrag für die einzelnen Punkte des Antrages **getrennt abzustimmen**.

Herr Walzner konnte den Diskussionsbedarf nicht nachvollziehen. Es handele sich seiner Meinung nach um eine gute Idee zum Schutz der Radfahrer.

Herr Moriße sprach sich dafür aus alles abzulehnen. Man solle die Schutzmaßnahmen nicht übertreiben; dies koste die Stadt nur Gäste, da diese hauptsächlich mit dem Pkw anreisen.

Über den **Verweisungsantrag** wurde wie folgt abgestimmt:

Ziffer 1: bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 2: bei 14 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 3: bei 14 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Die Verweisung an den Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven wurde damit für alle Punkte des Antrages **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Dr. von Teichman gab zu bedenken, dass der Antrag im Hinblick auf die Streckenführung nicht komplett durchdacht sei. Auf großen Teilen der Strecke gebe es bereits einen Radweg. Zudem führe der Sicherungstreifen zu einer Verengung der Fahrbahn mit der Folge, dass der gesetzlich vorgesehene Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden könne. Seiner Ansicht nach führe dies nicht zu einem Fortschritt für die Radfahrer, sondern eher zu noch mehr Schwierigkeiten. Er hätte es für besser gehalten, das Anliegen in Ruhe im Ausschuss zu besprechen. Im Übrigen könne er die Aussage der Verkehrskommission nicht nachvollziehen.

Auf Bitten von **Herrn Hellwig** unterbrach der Ratsvorsitzende die Sitzung für eine **Pause von 19.45 Uhr 20.00 Uhr**.

Anschließend tagte der **Ältestenausschuss von 20.00 Uhr bis 20.10 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung informierte **Herr Becker** zunächst über den Grund für die Einberufung des Ältestenausschusses:

Aus der Fürsorgepflicht den Ratsmitgliedern und den Mitarbeitern gegenüber habe aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit eine Sitzungsunterbrechung im Raum gestanden. Dies sei jedoch aufgrund der beginnenden Sommerpause nicht möglich, so dass sich die Gruppe GUS und auch die Verwaltung bereit erklärt haben, einige der folgenden Tagesordnungspunkte zurückzuziehen bzw. zu vertagen.

Anschließend wurde mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 7.5.1 fortgefahren.

Nachdem **Herr Hellwig** um **getrennte Abstimmung** gebeten hatte, brachte **Herr Möhle** für die Gruppe CDU/WBV den folgenden **Änderungsantrag** ein:

*„Der Rat möge beschließen den Punkt 4 neu aufzunehmen:
Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen mit dem Ziel, die Radfahrer vom Geh-/Radweg auf der Jadeallee zu entfernen und wieder auf die Straße zurückzuführen.“*

Über die Bedeutung des Änderungsantrages wurde anschließend zwischen **Herrn von den Berg, Oberbürgermeister Feist, Herrn Dr. von Teichman, Frau Weinstock, Herrn Schönfelder, Herrn Marušić** und **Herrn Hellwig** diskutiert.

Dem **Änderungsantrag** der Gruppe CDU/WBV wurde bei 13 Gegenstimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Die anschließende **getrennte Abstimmung** brachte das folgende Ergebnis:

Der Rat der Stadt beschließt nachfolgend:

1)

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 5 Nein-Stimmen)

Eine Temporeduzierung auf 30 km/h im südlichen Abschnitt der Jadeallee, sowie auf der Straße „Südstrand“ von der Jadeallee bis zur Schleusenstraße.

2)

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 15 Nein-Stimmen)

Die Mittelmarkierungen werden entfernt, eine Fahrrad-Piktogrammreihe wird aufgetragen.

3)

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 17 Nein-Stimmen)

Im Steigungsabschnitt zwischen Marinemuseum und WSA wird auf der südlichen Fahrspur ein Schutzstreifen im Regellaß (1,50 m) aufgebracht.

4)

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 9 Nein-Stimmen)

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen mit dem Ziel, die Radfahrer vom Geh-/Radweg auf der Jadeallee zu entfernen und wieder auf die Straße zurückzuführen.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Rat der Stadt möge beschließen:

1. Eine Temporeduzierung auf 30 km/h im südlichen Abschnitt der Jadeallee sowie auf der Straße Südstrand von der Jadeallee bis zur Schleusenstraße.
2. Die Mittelmarkierungen werden entfernt, eine Fahrrad-Piktogrammreihe wird aufgetragen.

3. Im Steigungsabschnitt zwischen Marinemuseum und WSA wird auf der südlichen Fahrspur ein Schutzstreifen im Regellaß (1,50 m) aufgebracht.
4. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen mit dem Ziel, die Radfahrer vom Geh-/Radweg auf der Jadeallee zu entfernen und wieder auf die Straße zurückzuführen. (Ergänzt auf Antrag der CDU/WBV im Rat am 15.7.2020)

7.5.2 Mittelbereitstellung für die Naturschutzstiftung FRI – WTM – WHV, hier: Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (biologische Vielfalt) **152/2020**

Oberbürgermeister Feist beantragte nach Abstimmung im Ältestenausschuss und nach Rücksprache mit dem Fachamt die **Vertagung für die Tagesordnungspunkte 7.5.2 und 7.5.3 auf die nächste Ratssitzung.**

Dem Vertagungsantrag wurde bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung **mehrheitlich zugestimmt.**

Beschluss: -vertagt-

Der Naturschutzstiftung Region Friesland – Wittmund – Wilhelmshaven werden vorbehaltlich der Haushaltsbeschlüsse ab dem Haushaltsjahr 2021 Mittel in Höhe von 50.000,- € pro Jahr zur Umsetzung regionaler Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (biologische Vielfalt) zweckgebunden je Haushaltsjahr zur Verfügung gestellt.

Die Fördersumme ist für das jeweilige Geschäftsjahr bis spätestens 31.03. d. J. an die Stiftung zu überwiesen. Die Stiftung hat im Gegenzug bis zum 31.03. des Folgejahres die tatsächliche Mittelverwendung zu ermitteln und einen möglichen Differenzbetrag entsprechend der getätigten Einzahlung an die Stadt Wilhelmshaven zu erstatten.

7.5.3 Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2021/2022 und Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes **153/2020**

Dem Vertagungsantrag für diesen Tagesordnungspunkt wurde bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung ebenfalls **mehrheitlich zugestimmt.**

Beschluss: -vertagt-

Das Energiepolitische Arbeitsprogramm (EPAP) 2021/2022 wird auf der Grundlage des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes beschlossen.

7.6 Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Bürgermeister Reese)7.6.1 Bekanntnis der Stadt Wilhelmshaven zum Mehrgenerationenhaus **148/2020**

Herr Reese trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 25.06.2020 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 5 Enthaltungen)

Die Stadt Wilhelmshaven wird das Mehrgenerationenhaus

- in die kommunalen Aktivitäten zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger und
- weiterhin in die kommunalen Planungen bzw. Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses

einbinden.

7.7 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Ratsherr Walzner)7.7.1 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes TBW **157/2020**

Herr Walzner trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 03.07.2020 vor.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-
(bei 14 Ja-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)“ laut Anlage.

7.7.2 Projekt Stadtpark - Städtebauförderung Lebendige Zentren, Beschluss Räumliche Abgrenzung Durchführungsmaßnahme **160/2020**

Herr Walzner trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 03.07.2020 vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr Marušić** den Umfang des heutigen Beschlusses: Es gehe darum, die Außengrenzen des Fördergebietes festzulegen, nicht aber um einzelne Maßnahmen. Nur so können auch die bereits bewilligten Fördermittel umgesetzt werden.

Frau Kloster ergänzte, die geplanten Maßnahmen seien bereits in der Begründung zum Beschluss aus 2018 aufgeführt.

Herr Marušić führte weiter aus, dass der Rat das Programm bereits beschlossen habe und dafür nun Mittel beantragt wurden. Da mit der Umsetzung der Maßnahmen noch nicht begonnen worden sei, könnten diese auch nicht genannt werden. Erst mit dem heute zu fassenden Beschluss über die Grenzen könne mit den Maßnahmen begonnen und diese entsprechend beantragt werden.

Aufgrund der von Herrn Dr. von Teichman aufgeworfenen Fragen bat **Herr Dr. Schulte**, künftig die Beschlussvorlagen präziser zu bezeichnen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die räumliche Abgrenzung der Durchführungsmaßnahmen im Förderprogramm Lebendige Zentren zum Projekt „Stadtpark“. Die räumliche Abgrenzung ist in der Karte Anlage 1, Untersuchungsgebiet, dargestellt.

7.7.3 Antrag Gruppe CDU/WBV:

524/2020

Aussetzung Park- und Sondernutzungsgebühren

Herr Hellwig trug den Antrag der Gruppe CDU/WBV vor und begründete ihn anschließend. Gleichzeitig beantragte er die folgende **Änderung**:

„Die Gruppe CDU/WBV erweitert ihren Antrag zur Beschlussvorlage Nr. 524/2020, Tagesordnungspunkt 7.7.3, wie folgt:

3. Der Rat weist die Verwaltung an zu prüfen, inwieweit die Buslinie 121 von Wangerland nach Wilhelmshaven/Busbahnhof kostenfrei gestellt werden kann.“

Herr Walpurgis beantragte daraufhin **getrennte Abstimmung**.

Herr Tönjes beantragte die **Vertagung** dieses Punktes auf die nächste Ratssitzung.

Oberbürgermeister Feist gab zu bedenken, dass eine Vertagung wenig zielführend sei, da es hier um die Unterstützung des Einzelhandels durch vermehrte Besuche von Touristen gehe. Falle diese Entscheidung jedoch erst im September, ist die Saison bereits verstrichen.

Herr Schönfelder erklärte, es müsse zunächst geprüft werden, ob der Änderungsantrag rechtlich zulässig sei, da dieser die VEJ als Zusammenschluss mehrerer Körperschaften betreffe. Es stelle sich die Frage, ob der Rat für alle Betroffenen entscheiden könne. Andererseits habe jede angeschlossene Kommune einen gewissen eigenen Spielraum im Rahmen ihrer Mittel. Es sei denkbar, diese für die Umsetzung dieses Antrages einzusetzen.

Der Vertagungsantrag von **Herrn Tönjes** wurde bei 3 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Frau Stomberg bat, die Bürger aus dem Stadtnorden nicht schlechter zu stellen, als die Touristen. Es könne nicht angehen, dass Touristen umsonst fahren dürfen und die Wilhelmshavener Bürger zahlen müssen.

Die Erweiterung des Antrages um einen Punkt 3 wurde anschließend bei 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Herr Jacques brachte einen **Änderungsantrag** für die SPD-Fraktion ein:

„Der Rat der Stadt möge in Abänderung zu Punkt 2 des Antrags der Gruppe CDU/WBV beschließen

Zur Förderung des Wilhelmshavener Einzelhandels, der Gastronomie, von Nachbarschaftsfesten sowie von Vereinen wird bis Ende des Jahres 2020 auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren im gesamten Stadtgebiet verzichtet. Ausgenommen davon sind die Tariffziffern 2. (Verkaufsstände im Reisegewerbe), 3. (Werbeveranstaltungen in Form von Trucks etc.), 9. (Gewerbliche Musikdarbietungen), 11. (Wertstoffcontainer für Altkleider u.ä.) und 15. (Zirkusgastspiele) der Sondergebührensatzung.“

Dieser Änderungsantrag wurde bei 13 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr von den Berg dankte für die Bemühungen zur Unterstützung der Gewerbetreibenden. Er werde den Antrag dennoch ablehnen, da er eine andere Auffassung von Unterstützung habe. Mit diesem Antrag werde kein Betrieb gerettet. Es brauche andere Ansätze, um zu helfen und die Firmen zukunftssicher zu machen, als eine Aussetzung der Parkgebühren. Die Kunden blieben dennoch aus, da shoppen aktuell einfach keine Freude bereite. Er halte einen Digitalisierungszuschuss für kleine Betriebe für wesentlich sinnvoller. Die Aussetzung der Parkgebühren helfe hier jedoch nicht.

Auch **Herr Danner** glaubte nicht, dass der Antrag weiterhelfe und appellierte, diesen abzulehnen.

Frau Stomberg stimmte dem zu. Sie gab zu bedenken, dass die Bemühungen, die Innenstädte vom Individualverkehr zu entlasten, durch eine Aussetzung der Parkgebühren unterlaufen würden. Darüber hinaus könne sie sich nicht vorstellen, dass nur aufgrund der Parkgebühren mehr Besucher in die Innenstadt kämen. Dazu stehe zu befürchten, dass die dann kostenlosen Parkplätze zumindest vormittags von Mitarbeitern der Geschäfte belegt seien.

Der von **Herrn Moriß** nachfolgend eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf **Ende der Debatte** wurde bei 12 Gegenstimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Die getrennte Abstimmung brachte daraufhin das folgende Ergebnis:

Der Rat möge beschließen:

Zur Förderung des Wilhelmshavener Einzelhandels und der Wilhelmshavener Gastronomie wird bis zum Ende des Jahres 2020

1)

Beschluss: - mehrheitlich **abgelehnt** –
(bei 14 Ja-Stimmen)

auf die Erhebung von Parkgebühren in den Bereichen Bahnhofstraße und Börsenstraße jeweils zwischen der Virchow- und der Mitscherlichstraße verzichtet,

2)

Beschluss: - mehrheitlich **abgelehnt** –
(bei 15 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren im gesamten Stadtgebiet ebenfalls verzichtet.

3)

Beschluss: - mehrheitlich **zugestimmt** –
(bei 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat weist die Verwaltung an zu prüfen, inwieweit die Buslinie 121 von Wangerland nach Wilhelmshaven/Busbahnhof kostenfrei gestellt werden kann.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Zur Förderung des Wilhelmshavener Einzelhandels und der Wilhelmshavener Gastronomie wird bis Ende des Jahres 2020

1. auf die Erhebung von Parkgebühren in den Bereichen Bahnhofstraße und Börsenstraße jeweils zwischen der Virchow- und der Mitscherlichstraße verzichtet,
2. auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren im gesamten Stadtgebiet ebenfalls verzichtet.
3. Der Rat weist die Verwaltung an zu prüfen, inwieweit die Buslinie 121 von Wangerland nach Wilhelmshaven/Busbahnhof kostenfrei gestellt werden kann. *(Ergänzt auf Antrag der Gruppe CDU/WBV im Rat am 15.07.2020.)*

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es lagen keine Berichte vor.

9 Anfragen

9.1 Anfrage Gruppe GUS: Sars-CoV-2 Erreger

523/2020

Der von **Herrn von den Berg** eingebrachte Antrag auf **Vertagung** auf die nächste Ratssitzung wurde bei 1 Enthaltung **einstimmig angenommen**.

9.2 Anfrage der Gruppe "Die FRAKTION" zu den Auswirkungen der letzten Änderung der Hauptsatzung

525/2020

Herr von den Berg beantragte erneut die **Vertagung** dieses Punktes auf die nächste Ratssitzung.

Der Vertagungsantrag wurde bei 1 Enthaltung **einstimmig angenommen**.

10 Anträge10.1 Antrag Gruppe GUS: Änderung der Hauptsatzung **529/2020**

Herr von den Berg beantragte die **Vertagung** dieses Punktes auf die nächste Ratssitzung.

Der Vertagungsantrag wurde bei 1 Enthaltung **einstimmig angenommen**.

10.2 Antrag Gruppe GUS: Änderung der Geschäftsordnung **528/2020**

Herr von den Berg beantragte die **Vertagung** dieses Punktes auf die nächste Ratssitzung.

Der Vertagungsantrag wurde bei 1 Enthaltung **einstimmig angenommen**.

10.3 Antrag Gruppe GUS: Erstellung einer Fallstudie Kulturamt **527/2020**

Auch dieser Tagesordnungspunkt wurde nach einem Antrag von **Herrn von den Berg einstimmig** bei 1 Enthaltung auf die nächste Ratssitzung **vertagt**.

10.4 Antrag Gruppe GUS: Erstellung einer Satzung über die Strand- und Badeordnung der Stadt Wilhelmshaven **530/2020**

Auf Antrag von **Herrn von den Berg einstimmig bei 1 Enthaltung vertagt** auf die nächste Ratssitzung.

10.5 Antrag der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses auf Erstellung von Vergaberichtlinien gem. § 28 KomHKVO **526/2020**

Herr Tönjes beantragte, diesen Antrag auf die nächste Ratssitzung zu **vertagen**.

Der Antrag wurde bei 1 Enthaltung **einstimmig angenommen**.

11 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin